# Maskenpflicht an Obwaldner Schulen bleibt bestehen

11. März 2021 OZ

Die Regierung beurteilt die Situation als zu unsicher, um an den Schulen Lockerungen der Schutzmassnahmen zuzulassen.

«Es ist das oberste Ziel des Kantons, eine erneute Rückkehr zum Fernunterricht zu verhindern.» Der Regierungsrat sei gewillt, alle nötigen Schutzmassnahmen zu ergreifen, um die Schulen möglichst lange offen halten zu können. Dies schreibt die Regierung einleitend in der Antwort auf eine Interpellation der Kantonsrätinnen Petra Rohrer-Stimming (CVP, Sachseln) und Giana Töngi (SVP, Engelberg). Sie und 14 Mitunterzeichnende wollten Erläuterungen zur aktuellen Situation in Kindergärten und Schulen.

In der generellen Maskenpflicht auf den Sekundarstufen I und II sieht die Regierung ein wichtiges Element, um die Ausbreitung von Corona einzuschränken. Sie sei sich bewusst, «dass die Maskenpflicht eine einschneidende Massnahme ist und ist deshalb bestrebt, möglichst keine weitere Ausdehnung anordnen zu müssen». Als Entscheidungsgrundlage dienen Informationen und Empfehlungen des Bundes, der Covid-Taskforce, der Schweizerischen Gesellschaft für Pädiatrie sowie weiterer Fachorgane. Auf die Frage, ob die Regierung die Absicht habe, das Alter der Kinder, die eine Maske tragen müssen, noch weiter zu senken, antwortet die Regierung ausweichend.

An den Oberstufen in Obwalden wird vorerst weiterhin Maskenpflicht gelten. Bild: Urs Hanhart (Sarnen, 16.8.2020)

Man hoffe, dass sich die Lage so weit entspanne, dass Massnahmen wie die Maskenpflicht auf der Sekundarstufe möglichst bald aufgehoben werden könnten. «Falls sich die epidemiologische Situation verschärft, werden die zuständigen Amtsstellen prüfen, welche weiteren Massnahmen notwendig sind, um den Präsenzunterricht weiter zu ermöglichen.»

Wie bereits im Februar kolportiert, sieht die Regierung für die Schulen keine präventiven Tests vor. Höchstens im Fall eines Ausbruchs an einer Schule könne es zu einer breiteren Testung kommen. «Betroffene Kinder und Eltern würden im Voraus von der Schule informiert. Es besteht in diesem Fall jedoch keine Testpflicht», verspricht der Regierungsrat.

Abschliessend betont die Regierung, dass die Situation nach wie vor unsicher sei und noch keine Lockerungen im Schulbereich zulasse. Man wolle die Entwicklung im Zusammenhang mit den verschiedenen Mutationen des Virus in den nächsten Wochen beobachten.

### Interpellantin begrüsst die Teststrategieumsetzung

Petra Rohrer-Stimming sagt, dass sie nicht viel anderes erwartet habe. «Die Regierung probiert sicher, im Rahmen des Möglichen ihr Bestes zu machen.» Sehr zufrieden sei sie aber, dass es grundsätzlich keine präventiven Tests an Schulen geben soll und, falls doch, «dass solche Tests freiwillig sind und die Eltern vorgängig informiert würden». Als Pflegefachfrau hat Rohrer-Stimming grundsätzliche Bedenken gegen die Maskenpflicht an Schulen. Viele Kinder litten darunter. «Insbesondere im Turnunterricht», sagt sie. «Nur schon aus eigener Erfahrung weiss ich, dass man beispielsweise beim Treppensteigen mit der Maske anders atmet. Da muss mir niemand sagen, sie hätten keinen Einfluss.» Sie werde im Parlament im Rahmen ihrer Rückmeldung eine Diskussion zur Antwort der Regierung beantragen, damit auch andere Ratsmitglieder sich zum Thema äussern könnten.

**Philipp Unterschütz**

> «Betroffene Kinder und Eltern würden im Voraus von der Schule informiert. Es besteht in diesem Fall jedoch keine Testpflicht.»
>
> **Regierungsrat Obwalden**